

BUND NATURSCHUTZ FORDERT: BAYERN MUSS SICH FÜR SCHNELLEN KOHLEAUSSTIEG EINSETZEN

Auch Bayern muss sich für ambitionierte Ziele und Schritte beim deutschen Kohleausstieg stark machen. Den Weg des deutschen Kohleausstiegs zu fixieren ist Aufgabe der von der Bundesregierung benannten Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, die am 26. Juni ihre Arbeit beginnen soll. Für die CSU in Bayern sind MdB Herr Dr. Andreas Lenz und die ehemalige Bundesministerin Frau Gerda Hasselfeldt Mitglieder in dieser Kommission, SPD Parteivorsitzende Natascha Kohnen vertritt Bayern im Bundesvorstand der SPD.

„Der BUND Naturschutz in Bayern e.V. sieht die dringende Notwendigkeit, dass die Arbeit der Kommission die globalen Ziele des Klimaabkommens 2015 von Paris mit wirksamen deutschen Maßnahmen unterstützen und umsetzen muss. Der Sektor Strom ist für ca. ein Drittel der deutschen Kohlendioxidemissionen verantwortlich, ca. 37 Prozent des deutschen Stroms kommt aus Kohlekraftwerken. Wir haben daher an bayerische Politiker einen Brief geschrieben, der die Dringlichkeit, auch für Bayern, beim Klimaschutz und schnellen Kohleausstieg deutlich klar macht“, so Dr. Herbert Barthel, Referent für Energie und Klimaschutz beim BUND Naturschutz in Bayern e.V.

Eine nachhaltige Energiewende für den Klimaschutz muss immer auch Fragen der sozialen Gerechtigkeit diskutieren, berücksichtigen und als Vorgabe sehen. Daher fordert der BUND Naturschutz in Bayern e.V. die dezentrale Energiewende in Bürgerhand. Das Abschalten der Kohlekraftwerke muss zügig erfolgen, aber darf nicht zulasten sozial Schwächerer erfolgen. Bayern muss das Abschalten von Kohlekraftwerken auch in anderen Bundesländern klar fordern, aber auch zu gemeinsamen Lösungen Beiträge liefern.

Für Rückfragen:

Dr. Herbert Barthel, Referent für Energie und Klimaschutz,
BUND Naturschutz in Bayern e.V.

Tel.: 0151-5048-9963

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 26. Juni 2018

PM 067-18/LFG

Energie